

Änderungsantrag

der Fraktion Die Linke zum Antrag der Fraktion Die Linke

Berliner Bäder für alle – Drs. 19/2422

Das Abgeordnetenhaus wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Berliner Bäder für alle – Daseinsvorsorge ganzjährlich sichern

1. Der Senat wird aufgefordert, den Berliner Bädervertrag zu erfüllen und sicherzustellen, dass die Berliner Bäder-Betriebe (BBB) ihrem sozialen Auftrag der öffentlichen Daseinsvorsorge umfassend nachkommen. Dabei ist sicherzustellen, dass willkürliche Einschränkungen des Leistungsangebots ausgeschlossen werden und verbindliche Standards für den Betrieb definiert und eingehalten werden.
2. Der Senat wird aufgefordert, den Berliner Bäder-Betrieben die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, damit die Saunen in den Hallenbädern wieder uneingeschränkt geöffnet werden können.
3. Der Senat wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die vereinbarte Stütztemperatur von 22°C in den Sommerbädern verlässlich über die gesamte Dauer der Öffnungszeit gewährleistet wird. Dies gilt explizit auch bei einer Saisonverlängerung (z. B. bis Ende Oktober); ein vorzeitiges Abschalten der Beheizung vor der tatsächlichen Schließung des Bades ist zu unterbinden.
4. Der Senat wird ferner aufgefordert, den Berliner Bäder-Betrieben die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um eine verlässliche Öffnung der Hallenbäder auch während der Schulferien sicherzustellen. Dies gilt insbesondere für die anstehenden Osterfeiertage 2026 sowie zukünftig für die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel. Als elementarer Teil der Daseinsvorsorge und Gesundheitsversorgung müssen Schwimmhallen auch in diesen Zeiträumen für die Bevölkerung zugänglich sein.

5. Der Senat wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass Wartungs- und Reparaturarbeiten so organisiert werden, dass monatelange Schließzeiten vermieden werden. Notwendige Instandhaltungsmaßnahmen sind primär in Randzeiten oder durch Nacharbeit durchzuführen, um einen unterbrechungsfreien, ganzjährigen Badebetrieb zu ermöglichen.
6. Zur Absicherung der Öffnungszeiten und zur Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber ist der Senat aufgefordert, gemeinsam mit den Berliner Bäder-Betrieben Maßnahmen zur spürbaren Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu ergreifen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzubauen.
7. Ebenso wird der Senat dazu aufgefordert, mit den Berliner Bäder-Betrieben das Preissystem zu überarbeiten mit dem Ziel, bisherige soziale Ermäßigungen und Rabatte für treue Nutzer*innen zu erhalten sowie die Einteilung der Bäder in drei Preiskategorien zurückzunehmen. Eintritte für die Berliner Bäder sollten nicht abhängig vom Wohnort sein.
8. Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2026 zu berichten.

Berlin, den 14.01.2026

Helm Schulze Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke